

Produktiv nutzbare Online-Verwaltungsleistungen

Kurz vor der Fertigstellung bzw. Pilotierung stehende Online-Verwaltungsleistungen
Stand des Roll-Outs

Setup-Phasen für 13 neue OZG-Projekte starten in Kürze

Verbesserung des Online-Services zur Beantragung von Wohngeld

Weihnachtsgeschenk für die unteren Ausländerbehörden: Freistaat Sachsen unterzeichnet
Nachnutzungsvertrag für den EfA-Dienst „Aufenthaltstitel“

Fundsachen-Plattform: Ausschreibung gestartet

Erste Eckpunkte der neuen Digitalstrategie „sachsen digital 2030“ vorgestellt

Geobasisinformationen gehen vom Staatsbetrieb auf das Landesamt über

Stadtverwaltung Leipzig nutzt das Serviceportal Amt24 auch für interne Geschäftsprozesse

Veröffentlichung zu Entwicklungen in der Informationssicherheit bei der Umsetzung des
Online-Zugangs-Gesetzes

Erster Vorentwurf des Onlinezugangsgesetzes 2.0 veröffentlicht

Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V. ist ein stimmberechtigtes Mitglied des
Registerbeirates

Empfehlungen für den digitalen Umbau der Schulen in kommunaler Trägerschaft

Was ist ein Antragsassistent?

Aktueller Umsetzungsstand der laufenden OZG-Projekte

RUBRIK: „KURZSTATUS DER KOMMUNALEN OZG-UMSETZUNG“

In dieser Rubrik informieren wir über die bereits verfügbaren bzw. aus der Entwicklungs- in die Pilotierungsphase übergehenden Online-Verwaltungsleistungen, über den Stand des Roll-Outs bzw. die Flächendeckung des Einsatzes der verfügbaren OZG-Produkte sowie über entsprechende Weiterentwicklungen der Produkte.

Produktiv nutzbare Online-Verwaltungsleistungen

Im Folgenden sind alle Online-Verwaltungsleistungen aufgeführt, welche von der SAKD eine dem Umsetzungsstand entsprechende Qualitätssicherung erfahren haben und bereits produktiv im Serviceportal Amt24 bzw. in der i-Kfz-Lösung eKOL-KFZ im Einsatz sind. Diese OZG-Produkte stehen allen sächsischen Kommunen zur Nachnutzung zur Verfügung:

im Vollzug der Landkreise:

- An-, Ab- und Ummeldung eines Kfz (*verfügbar seit 04/2020*)
- Wunschkennzeichen (*verfügbar seit 04/2020*)
- Feinstaubplakette (*verfügbar seit 04/2020*)
- Leichen- und Bestattungswesen (*verfügbar seit 03/2022*), u.a.
 - Leichenpass
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung bei Feuerbestattung
 - Verlängerung der Bestattungsfrist
 - Ergebnisbericht der zweiten Leichenschau

- Waffenbesitzkarte (*verfügbar seit 04/2022*)
- Kleiner Waffenschein (*verfügbar seit 04/2022*)
- Europäischer Feuerwaffenpass (*verfügbar seit 04/2022*)
- Anzeige einer selbstständigen Tätigkeit in einem Heil- oder Gesundheitsfachberuf (*verfügbar seit 04/2022*)
- Unterhaltsvorschuss (*verfügbar seit 04/2022*)
- Landpachtvertragsanzeige (*verfügbar seit 06/2022*)
- Öffentliche Versammlungen & Aufzüge (*verfügbar seit 06/2022*)
- Auszug aus dem Altlastenkataster (*verfügbar seit 06/2022*)
- Gewerbeerlaubnisse & Tätigkeitsanzeigen (*verfügbar seit 06/2022 und 01/2023*)
 - Erlaubnis nach § 33a GewO (Schaustellung von Personen)
 - Erlaubnis nach § 33i GewO (Betrieb einer Spielhalle im stehenden Gewerbe)
 - Erlaubnis nach § 34 GewO (Pfandleihgewerbe)
 - Erlaubnis nach § 34a GewO (Bewachungsgewerbe)
 - Erlaubnis nach § 34b GewO (Versteigerergewerbe)
 - Erlaubnis nach § 34c GewO (Immobilienmakler)
 - Erlaubnis nach § 34f GewO (Finanzanlagenvermittler)
 - Erlaubnis nach § 34h GewO (Honorar-Finanzanlagenberater)
 - Erlaubnis nach § 34i GewO (Immobilienkreditvermittler)
- Anzeige einer Versteigerung nach § 3 VerstV (*verfügbar seit 01/2023*)
- Erstattung Verdienstausfall für Katastrophenschutzeinheiten (*verfügbar seit 08/2022*)
- Forstrechtliche Genehmigungen (*verfügbar seit 01/2023*)
 - Waldneubegründung
 - Kahlhieb
 - Rodung (dauerhafte Waldumwandlung)
 - Verlängerung der Wiederaufforstungsfrist
- Anmeldung zur Jägerprüfung (*verfügbar seit 12/2022*)
- Jagdschein (*verfügbar seit 12/2022*)
- Flurstückverschmelzung (*verfügbar seit 12/2022*)
- Kostenübernahme für Kindertagesbetreuung (Ermäßigung/Erlass des Elternbeitrages) (*verfügbar seit 01/2023*)
- BAföG (<https://www.bafoeg-digital.de>)

im Vollzug der Landkreise & Gemeinden:

- Nutzungszeiten Sportstätten (*verfügbar seit 11/2021*)
- Erst- und Weiterleistungsantrag (Mietzuschuss) auf Wohngeld (*verfügbar seit 12/2021*)
- Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis (*verfügbar seit 12/2021*)
- Sondernutzung für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum (*verfügbar seit 04/2022*)
- SEPA-Lastschriftmandat – Ausbaustufe 1 „Wiederkehrende Zahlungen“ (*verfügbar seit 06/2022*)
- Steuerbescheinigung Denkmalschutz (Bescheinigung gemäß §§ 7i, 10f, 10g & 11b EStG) (*verfügbar seit 01/2023*)

im Vollzug der Gemeinden:

- Gewerbeanzeige gemäß § 14 GewO (*verfügbar seit 03/2020*)
- Wahlschein für Briefwahl (*verfügbar seit 09/2020*)
- Kommunale Corona-Soforthilfe (*verfügbar seit 10/2020*)
- Anmeldung zur Hundesteuer (*verfügbar seit 10/2020*)
- Erstattung Feuerwehrverdienstausfall (*verfügbar seit 12/2020*)
- Anforderung Personenstandsurkunden (Geburts-, Sterbe-, Ehe-, Lebenspartnerschaftsurkunde (*verfügbar seit 12/2020*))
- Ausstellung eines Bewohnerparkausweises (*verfügbar seit 03/2021*)
- Baumfällgenehmigung (*verfügbar seit 11/2021*)
- Sächsische Ehrenamtskarte (*verfügbar seit 12/2021*)
- Sächsischer Landesfamilienpass (*verfügbar seit 03/2022*)
- Kita-Betreuungsplatz (*verfügbar seit 04/2022*)
- (Vor-)Anzeige eines Sterbefalls (*verfügbar seit 04/2022*)
- Bibliotheksanmeldung (*verfügbar seit 06/2022*)
- Halteverbot für Umzug (*verfügbar seit 06/2022*)
- Bescheinigung in Steuersachen des Gemeindesteueramtes (*verfügbar seit 06/2022*)
- Hausnummernvergabe (*verfügbar seit 06/2022*)
- Feuerwerk - Ausbaustufe 1 „Ausnahme von Verboten gemäß § 24 Abs. 1 SprengV“ (*verfügbar seit 06/2022*)
- Mängelmeldung (*verfügbar seit 06/2022*)
- Gewerbeerlaubnisse & Tätigkeitsanzeigen (*verfügbar seit 01/2023*)
 - Erlaubnis nach § 60a Abs. 3 GewO (Betrieb einer Spielhalle im Reisegewerbe)
- Anzeigen nach SächsGastG (*verfügbar seit 06/2022 und 01/2023*)
 - Nicht gewerbsmäßiger Ausschank alkoholischer Getränke nach § 2 Abs. 1 Satz 4 SächsGastG
 - Anzeige eines vorübergehenden Gaststättengewerbes nach § 2 Abs. 2 SächsGastG
 - Anzeige einer Straußwirtschaft nach § 3 SächsGastG
- Brauchtums- und Traditionsfeuer (*verfügbar seit 08/2022*)
- Sozialpass (*verfügbar seit 09/2022*)
- Finanzielle Zuwendungen für Neugeborene (*verfügbar seit 10/2022*)
- Gewerbeauskunft (*verfügbar seit 12/2022*)
- „Melde-, Wahl-, Pass- und Personalausweiswesen“ auf Basis der Plattform VOIS-Online (*verfügbar seit 01/2022*), u.a.:
 - An-/Ab-/Ummeldung eines Wohnsitzes
 - Meldebescheinigung
 - Wohnungsgeberbestätigung
 - Melderegisterauskunft
 - Wahlhelferanmeldung
 - Auskunfts- und Übermittlungssperren

- Einfaches/Erweitertes/Europäisches Führungszeugnis
(<https://www.fuehrungszeugnis.bund.de>)

Kurz vor der Fertigstellung bzw. Pilotierung stehende Online-Verwaltungsleistungen

Im Folgenden sind alle Online-Verwaltungsleistungen aufgeführt, welche in Kürze fertiggestellt bzw. in die Pilotierung auf dem Serviceportal Amt24 gehen werden:

im Vollzug der Landkreise:

- Waffenbesitzkarte – Ausbaustufe II: weitere Waffenbesitzergruppen (*Fertigstellung geplant in 02/2023*)
- Schwerbehindertenausweis & Wertmarke (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)
- (Neu-)Feststellung einer Behinderung (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)
- Landesblindengeld & weitere Nachteilsausgleiche nach LBlindG (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)

im Vollzug der Landkreise & Gemeinden:

- Denkmalrechtliche Anzeigen (*Fertigstellung geplant in 02/2023*)

im Vollzug der Gemeinden:

- Hundesteuer – Ausbaustufe II: Ab-/Ummeldung, Ermäßigung, Befreiung (*Fertigstellung geplant in 02/2023*)
- Vorkaufsrecht bei Grundstücken (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)
- Verwendungsgenehmigung für kommunale Hoheitszeichen (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)
- Friedhofswesen (*Fertigstellung geplant in 03/2023*)
 - (Wieder-)Erwerb eines Grabnutzungsrechts
 - Anzeige von Änderungen am Grabnutzungsrecht
 - Genehmigung zur Ausgrabung oder Umbettung einer Urne
 - Zustimmung zur Errichtung, Veränderung und Entfernung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen
 - Erteilung des Einverständnisses zur Beisetzung durch den Grabnutzungsberechtigten

Stand des Roll-Outs

In der Übersicht sind sowohl Lösungen auf Grundlage der E-Government-Basiskomponenten des Freistaates Sachsen als auch Lösungen Dritter und Eigenentwicklungen der sächsischen Kommunen berücksichtigt.

(Stand: 12.01.2023)

Online-Antragsassistent	Anzahl der Gemeinden u./o. Landkreise	Grad der Flächendeckung	
		nach Anzahl der zuständigen Behörden	nach Einwohnerzahl
Kfz-Wunschkennzeichen	13	100 %	100 %
i-Kfz Stufe 3 (Paket Kfz-An-/Ab-/Ummeldung)	12	92 %	94 %
Feinstaubplakette	12	92 %	94 %
Wohngeld (Erst-, Weiterleistungsantrag für Mietzuschuss)	24	77 %	82 %
Wahlschein für Briefwahl ¹	48	16 %	59 %
Paket „Personenstandsurkunden“ - Geburtsurkunde - Sterbeurkunde - Eheurkunde - Lebenspartnerschaftsurkunde	59	23 %	51 %
Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis	13	31 %	50 %
Baumfällgenehmigung	25	7 %	43 %
Niederlassungsanzeige selbstständige Heilberufe	4	31 %	41 %
Kita-Betreuungsplatz ²	26	8 %	38 %
Mängelmelder	22	7 %	37 %
Gewerbeanzeige	65	17 %	34 %
Versammlungsanzeige	2	15 %	28 %
Unterhaltsvorschuss	3	23 %	27 %
Paket „Gesundheitsamt“ - Leichenpass - Unbedenklichkeitserklärung Feuerbestattung - Verlängerung der Bestattungsfrist - Ergebnisbericht der zweiten Leichenschau	3	23 %	27 %
Hundesteuer-Anmeldung	89	22 %	24 %
Erstattung Feuerwehrverdienstausfall	38	11 %	24 %
Beantragung Bewohnerparkausweis	7	2 %	23 %
Halteverbot für Umzug	6	2 %	23 %
Kommunale Corona-Soforthilfe	2	1 %	21 %
Sterbefallanzeige	13	6 %	20 %
Brauchtums-, Traditions- und Lagerfeuer	16	5 %	20 %
Feuerwerk	10	3 %	18 %
Hausnummernvergabe+	7	2 %	17 %

Bescheinigung in Steuersachen des Gemeindesteueramtes	7	2 %	16 %
Sächsischer Familienpass	4	1 %	15 %
Sächsische Ehrenamtskarte	5	3 %	9 %
Nutzungszeiten Sportstätten	7	2 %	7 %
Bibliotheksanmeldung	2	1 %	6 %
Anzeige Landpachtvertrag	1	8 %	6 %
Auskunft aus dem Altlastenkataster	1	8 %	6 %
SEPA-Lastschriftmandat	9	3 %	3 %
Sondernutzung für Veranstaltungen	6	2 %	3 %
Vorübergehendes Gaststättengewerbe	5	2 %	2 %
Straußwirtschaft	1	1 %	1 %
Zuwendungen für Neugeborene	1	1 %	1 %
Sozialpass	1	1 %	1 %

¹ Bisher wurden ausschließlich die Kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte berücksichtigt und analysiert.

² Die Analyse des tatsächlichen Standes wurde erst initialisiert.

Setup-Phasen für 13 neue OZG-Projekte starten in Kürze

Für zehn neue OZG-Projekte werden in Kürze die Setup-Phasen starten. In dieser Phase werden sowohl fachlich-inhaltliche und prozessuale als auch technische Anforderungen aufgenommen und abgestimmt. Zudem wird eine Projektdefinition erarbeitet, eine Produkt-Roadmap aufgestellt sowie Fachexperten und Testkommunen akquiriert. Folgende neue Projekte gehören dazu:

- Forstrechtliche Genehmigungen
 - Sperrung von Wald
 - Feuergenehmigung
 - Anlage von Leitungsschneisen und forstbetrieblichen Anlagen
- Änderung der Sperrzeit
- Anzeige eines Feuerwerks
- Beherbergungssteuer
- Einschulung (Anmeldung zur Grundschule)
- Wohngeldantrag – Erweiterung um Lastenzuschuss und Heimbewohner
- Ausnahmen vom Sonntags-, Feiertags- und Ferienreisefahrverbot
- Befreiung vom Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit
- Anzeige einer Tierveranstaltung
- Gesundheitliche Beratung für Prostituierte
- Übernahme einer Baumpatenschaft

RUBRIK: „AKTUELLES“

Verbesserung des Online-Services zur Beantragung von Wohngeld

Bereits seit Mitte 2021 besteht für die sächsischen Wohngeldstellen die Möglichkeit, ihren Bürgern einen Online-Service für die Erst- und Weiterleistungsbeantragung von Wohngeld in Form von Mietzuschuss auf dem Serviceportal Amt24 anzubieten. Mit Stand vom 22. Dezember 2022 nahmen bereits 23 der insgesamt 31 sächsischen Wohngeldstellen diese Möglichkeit wahr.

Da sich die rechtlichen Grundlagen für die Beantragung von Wohngeld aufgrund der Wohngeldreform zu Beginn des Jahres 2023 geändert haben und der Empfängerkreis der Anspruchsberechtigten sich einer Prognose nach verdreifachen wird, wurde mit einem entsprechenden zeitlichen Vorlauf eine Weiterentwicklung und fachliche Überarbeitung des bisherigen Online-Antragsassistenten erforderlich. Auf dieser Grundlage hat die SAKD als koordinierende Stelle in enger Abstimmung mit den kommunalen IT-Dienstleistern beschlossen, das Online-Wohngeld-Verfahren unter fachlicher Begleitung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR) als oberste Fachaufsicht sowie der Wohngeldstellen der Städte Leipzig und Chemnitz umfassend inhaltlich und technisch zu überarbeiten.

Im Rahmen der Entwicklungsarbeiten wurden insgesamt etwa 400 Einzelanforderungen umgesetzt. Kurz vor Weihnachten 2022 erfolgten im Rahmen der Qualitätssicherung alle erforderlichen Abnahmen und Zertifizierungen, sodass die neue Version des Online-Wohngeld-Verfahrens an den Zweckverband KISA übergeben werden konnte, welcher den nachnutzungswilligen sächsischen Wohngeldstellen den Online-Service entsprechend konfiguriert und installiert sowie fortlaufend betreibt und pflegt.

Die neue Version des Online-Wohngeldantrages ermöglicht die Beantragung des Mietzuschusses in den Antrags Szenarien Erst-, Weiterleistungs- und Erhöhungsantrag. Die Antragsdaten werden aus dem Serviceportal Amt24 über die sächsische Datendrehscheibe TC-eGov direkt in das landeseinheitliche Verfahren zur Berechnung des Wohngeldes (DiWo) weitergeleitet und können dort medienbruchfrei weiterverarbeitet werden. Sämtliche Anlagen zum Wohngeldantrag werden in einem vorab definierten File-Verzeichnis bereitgestellt.

Sowohl das SMR als auch der Zweckverband KISA informierten noch im Jahr 2022 alle sächsischen Wohngeldstellen über die Verfügbarkeit der neuen Version sowie über die durch die Wohngeldstellen zu veranlassenden Schritte für den Fall eines Nachnutzungsinteresses. Ausdrücklicher Wunsch des SMR ist es, dass alle sächsischen Wohngeldstellen ihren Bürgern zeitnah die Möglichkeit zur Online-Beantragung des Wohngeldes zur Verfügung stellen. Für die Nutzung empfohlen wird der hier entwickelte Online-Dienst auf Basis des Serviceportals Amt24. Der Online-Dienst ist im Webshop des Zweckverbandes KISA (<https://shop.kisa.it/online-antragsassistenten/498-onlineantrag-wohngeld-beantragen.html>) verfügbar. Entsprechende Release-Informationen sind hier zu finden: <https://ozg.kisa.it/de/wohngeld-beantragen-neue-version.html>

Gegenwärtig nimmt der Zweckverband KISA den Versions-Wechsel in den bereits produktiv nutzenden sächsischen Wohngeldstellen vor. Mit Stand vom 10. Januar 2023 konnten nahezu alle den Online-Wohngeldantrag bereits produktiv nutzenden Wohngeldstellen auf die neue Version umgestellt werden. Drei Wohngeldstellen haben sich zudem für eine erstmalige Nutzung entschieden. Die Landeshauptstadt Dresden hat auf ihrem Bürger-Portal eine eigenständige Online-Lösung zur Beantragung des Wohngeldes (<https://www.dresden.de/wohngeld>) entwickelt. Über diese ist seit dem 01. Januar 2023 die Beantragung von Mietzuschuss auch für die Dresdner Bürgerinnen und Bürger online möglich.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass zeitnah zur gesetzlichen Änderung bei etwa 80 % der sächsischen Wohngeldstellen eine Online-Beantragung von Wohngeld durch die Bürger möglich ist. Um diesen Service weiter auszubauen, sind die entsprechenden Entwicklungsarbeiten zur Erweiterung des Amt24-Online-Antragsassistenten um die Szenarien des Lastenzuschusses sowie des Mietzuschusses für Heimbewohner bereits gestartet. Es ist geplant, diese Antragsoptionen im zweiten Quartal des Jahres 2023 bereitzustellen.

Weihnachtsgeschenk für die unteren Ausländerbehörden: Freistaat Sachsen unterzeichnet Nachnutzungsvertrag für den EfA-Dienst „Aufenthaltstitel“

Sozusagen als Weihnachtsgeschenk für die sächsischen unteren Ausländerbehörden hat das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) als oberste Ausländerbehörde des Freistaates Sachsen kurz vor Weihnachten 2022 den SaaS-Nachnutzungsvertrag über den Einer-für-Alle-(EfA)-Dienst „Aufenthaltstitel“ mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) unterzeichnet. Damit ist die erste Hürde auf dem Weg der Nachnutzung dieses EfA-Dienstes durch die unteren Ausländerbehörden genommen worden. Mit dem Online-Dienst können die unteren Ausländerbehörden ihren Verwaltungskunden nun die Möglichkeit bieten, die Beantragung eines Aufenthaltstitels zu verschiedenen Aufenthaltszwecken (z.B. Erwerbstätigkeit, familiäre Gründe, Ausbildung, etc.) und aus unterschiedlichen Antragsgründen (z.B. Erstbeantragung, Verlängerung, Änderung von Nebenbestimmungen, etc.) auch rein online zu tätigen.

Im Rahmen der Realisierung der Nachnutzung können sich die sächsischen Ausländerbehörden in den Landkreisen und Kreisfreien Städten nun vom beauftragten IT-Dienstleister des Landes Brandenburg, der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) an den Online-Dienst anschließen lassen. Für weiterführende Fragen können sich die sächsischen Ausländerbehörden der Landkreise und Kreisfreien Städte auch gern an das zuständige Referat 24 „Ausländerangelegenheiten und Staatsangehörigkeit“ im Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) wenden.

Darüber hinaus wurde die Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des Digitalen Antragsassistenten „Aufenthaltstitel (§ 24 AufenthG)“ für die Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine (Germany4Ukraine) um ein weiteres Jahr verlängert. Die sogenannte Ukraine-Antragsstrecke steht damit den sächsischen Ausländerbehörden auch im gesamten Jahr 2023 unentgeltlich zur Verfügung.

Fundsachen-Plattform: Ausschreibung gestartet

Wie wir in unserem Newsletter Nr. IV/2022 bereits berichteten, möchte der Freistaat Sachsen als Führer des Themenfeldes „Recht und Ordnung“ einen Online-Dienst mit integriertem Fachverfahren in Form einer Fundsachen-Plattform als Einer-für-Alle-Dienst beschaffen. Die Lösung soll allen interessierten Bundesländern und Kommunen in Deutschland zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden. Die mit der Beschaffung einhergehende Submission für eine Fundsachen-Plattform konnte nun kurz vor Weihnachten 2022 seitens des Staatsbetriebs Sächsische Informatik Dienste (SID) realisiert werden. Es ist nun eine Rahmenvereinbarung zur Bereitstellung, Einrichtung und Support eines Online-Dienstes mit integriertem Fachverfahren in Form einer Fundsachen-Plattform für Verwaltungen auf Landes- und kommunaler Ebene ausgeschrieben.

Die Fundsachen-Plattform soll dabei sowohl aus einer Online-Oberfläche (Front-End), die der Anzeige und Recherche von Fund- und Verfallsachen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen dient, als auch aus einem Back-End für die Verwaltung, in dem die Fund- bzw. Verfallsachen durch die Fundbüros bearbeitet werden, bestehen. Die Plattform soll den gesamten Vorgang zur Verwaltung von Fundsachen (Anzeige, Statusabfrage, Verwahrung, Herausgabe und Versteigerung) abbilden.

Nachnutzungsinteressierte sächsische Gemeinden können sich weiterhin (auch unverbindlich) beim OZG-Team des Freistaates Sachsen in der Sächsischen Staatskanzlei unter dem Kontakt ozg@sk.sachsen.de melden, um für die Rahmenvereinbarung als Abrufberechtigte vorgemerkt zu werden.

Erste Eckpunkte der neuen Digitalstrategie „sachsen digital 2030“ vorgestellt

Auf der mittlerweile fünften Digitalkonferenz „forum sachsen digital“ des Freistaates Sachsen wurden erste Eckpunkte der neuen Digitalstrategie für den Freistaat Sachsen vorgestellt, welche im Dialog mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren in Sachsen stetig weiterentwickelt wird. Für die sächsische Staatsregierung ist die Digitalisierung eine Daueraufgabe, mit der die Entwicklung Sachsens zu einer in Deutschland, Europa und der Welt führenden Wirtschafts- und Wissenschaftsregion fortgesetzt werden soll.

Bereits bei der ersten Auflage der Digitalstrategie im Jahr 2016 war Sachsen eines der ersten Bundesländer, welches unter dem Namen "Sachsen Digital" eine ressortübergreifende Digitalstrategie auf den Weg gebracht hat. Mit der neuen Strategie "sachsen digital 2030" soll eine Antwort darauf geben werden, wie der digitale Wandel in Sachsen gestaltet werden soll und wie er zum Vorteil aller Menschen in Sachsen genutzt werden kann. Insbesondere sollen digitale Lösungen in den Bereichen Bildung, Nachhaltigkeit, soziale Teilhabe und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung die sächsischen Bürger und Unternehmen zukünftig deutlich voranbringen. Weitere Kernpunkte der Strategie werden die Fachkräftesicherung sowie die IT-Sicherheit darstellen. Darüber hinaus sollen neue Wege in der Nachwuchsförderung besprochen werden. Durch schulische und außerschulische Bildung sowie die Vermittlung von Medienkompetenzen soll die junge Generation für digitale Technologien begeistert werden.

Geobasisinformationen gehen vom Staatsbetrieb auf das Landesamt über

Der Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN) ist zum 1. Januar 2023 in das Landesamt für Geobasisinformation Sachsen (GeoSN) übergegangen. Die dem GeoSN als besondere Staatsbehörde zugewiesenen Aufgaben bleiben dabei unverändert. Aufgabe des Landesamtes mit seinen etwa 250 Beschäftigten bleibt weiterhin die Erzeugung und Bereitstellung aktueller und flächendeckender Geobasisdaten für alle Bereiche der Gesellschaft. Es führt zudem die Fachaufsicht über 13 untere Vermessungsbehörden sowie rund 90 öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und ist zuständig für die Feststellung, Abmarkung und Dokumentation der Staats- und Landesgrenzen. Sein Leistungsspektrum reicht von den Daten des Liegenschaftskatasters, der Landesvermessung sowie den Topographischen Karten bis hin zu einer Vielzahl an digitalen Geodaten.

Stadtverwaltung Leipzig nutzt das Serviceportal Amt24 auch für interne Geschäftsprozesse

Die Stadt Leipzig nutzt das Serviceportal Amt24 nun auch für die Abwicklung innerbehördlicher Geschäftsprozesse. So können seit Kurzem die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Leipzig die unbare Erstattung von in dienstlichem Kontext verauslagten geringfügigen Anschaffungen in digitaler Form über das Serviceportal Amt24 abwickeln. Mit dem Versand des Erstattungsantrages startet anschließend der Prüf- und Bearbeitungsprozess bei der entsprechend ausgewählten Organisationseinheit. Der entsprechende Amt24-Online-Antragsassistent ist hier erreichbar:

<https://amt24.sachsen.de/zufi/leistungen/6004233>

Veröffentlichung zu Entwicklungen in der Informationssicherheit bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes

Die SAKD geht in einem Fachartikel auf ihrer Website (https://www.sakd.de/ozg_informationssicherheit.html) auf die Entwicklungen des letzten Jahres zur Informationssicherheit bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes ein. Veranlassung für diese fortgeführte Betrachtung ist ein sich änderndes Bewusstsein für Informationssicherheit in den Kommunen, eine Verbesserung der Informationssicherheit der Komponenten der kommunalen Referenzarchitektur sowie weitere organisatorische und technische Vorgaben und Richtlinien auf Bundesebene. Neue Anforderungen ergeben sich auch aus der Kommunikation innerhalb des Portalverbundes von Bund und Ländern sowie der Nutzung von Einer-für-Alle-(EfA-)Diensten.

Der Artikel dient der Wissensvermittlung für diese teils neuen Themen und verweist auf zahlreiche Quellen der zugrunde liegenden Informationen.

RUBRIK: „GESETZESINITIATIVEN IM OZG-KONTEXT“

Erster Vorentwurf des Onlinezugangsgesetzes 2.0 veröffentlicht

Bislang hieß es im OZG, dass alle Bürger, Unternehmen und Organisationen bis Ende 2022 auf knapp 600 Verwaltungsleistungen digital zugreifen werden können. Schon länger war klar, dass der Bund und die Länder diese Frist nicht einhalten können. In einem Vorentwurf zur Novellierung des OZG streicht das Bundesministerium des Innern (BMI) diese Frist nun aller Wahrscheinlichkeit nach „ersatzlos“. Begründet wird dies damit, dass die Bereitstellung eines elektronischen Zugangs zu Verwaltungsleistungen eine Daueraufgabe für Bund, Länder und Kommunen darstellt. Ein erster Vorentwurf mit Stand vom 25.11.2022 wurde kürzlich von netzpolitik.org öffentlich gemacht. Der finale Gesetzesvorschlag soll in Kürze in die Ressortabstimmung innerhalb des BMI gehen. Mit einem Gesetzesbeschluss wird dann im ersten Quartal 2023 gerechnet.

Im Kern des Gesetzentwurfes stehen folgende Neuerungen:

- Das OZG wird auf alle Stellen (Behörden), die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, ausgedehnt. Explizit erwähnt sind insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände (Anm.: hierzu zählen auch die Landkreise) sowie sonstige der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts.
- Die Länder und damit auch der Freistaat Sachsen werden verpflichtet, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Anbindung ihrer Kommunen an den Portalverbund sicherzustellen.
- Es wird klar definiert und umrissen, was genau ein „Antragsassistent“ ist.
- Der Bund verpflichtet sich, im Portalverbund ein zentrales Bürgerkonto (BundID) bereitzustellen, über das sich Nutzer für die im Portalverbund verfügbaren elektronischen Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern einheitlich identifizieren und authentifizieren können. Weitere landeseigene Bürgerkonten (z.B. Amt24-Servicekonto) werden aller Voraussicht nach im Portalverbund nicht mehr zugelassen.
- Öffentliche Stellen, die Verwaltungsleistungen im Portalverbund bereitstellen, haben das zentrale Bürgerkonto anzubinden. Da das Serviceportal Amt24 ein Bestandteil des Portalverbundes ist und die sächsischen Kommunen gemäß § 15a SächsEGovG ihre elektronischen Verwaltungsleistungen auch über das Serviceportal Amt24 anzubieten haben, geht damit eine Verpflichtung für die Kommunen einher, auch ihre Eigenlösungen an das zentrale Bürgerkonto des Bundes (BundID) anzubinden.
- Öffentliche Stellen, die Verwaltungsleistungen im Portalverbund bereitstellen, müssen das zentrale Bürgerkonto anbinden. Das Serviceportal Amt24 ist ein Bestandteil des Portalverbundes und die sächsischen Kommunen sind gemäß § 15a SächsEGovG verpflichtet, ihre elektronischen Verwaltungsleistungen auch über das Serviceportal Amt24 anzubieten. Daraus resultierend geht wahrscheinlich zukünftig die Verpflichtung einher, dass auch Eigenlösungen der Kommunen an das zentrale Bürgerkonto des Bundes (BundID) angebunden sein müssen.
- Die Verwendung eines Organisationskontos wird für Nutzer und öffentliche Stellen (Behörden), die Verwaltungsleistungen im Portalverbund bereitstellen, verpflichtend.
- Bund und Länder stellen für Nutzer im Portalverbund eine allgemeine fachunabhängige Beratung für die elektronische Abwicklung ihrer Verwaltungsverfahren bereit. Damit wird

dem Bund und dem Freistaat Sachsen eine Verpflichtung für einen First-Level-Support in Form eines einheitlichen Beratungsangebotes auferlegt.

- Auf Veranlassung des Nutzers dürfen elektronische Dokumente zu Verwaltungsvorgängen, Status- und Verfahrensinformationen sowie Kommunikationsinhaltsdaten an das Nutzerkonto übermittelt und innerhalb des Nutzerkontos verarbeitet werden.
- Mit Blick auf den Datenschutz werden entsprechende Rechtsgrundlagen zur Datenverarbeitung und Verantwortlichkeit für die Datenverarbeitung in einem Antragsassistenten geschaffen.
- Die Bekanntgabe eines elektronischen Verwaltungsaktes in das Postfach eines Nutzerkontos wird eindeutig geregelt.
- Es werden der elektronische Ersatz einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Schriftform sowie die Nichtbeachtlichkeit der Schriftform geregelt.

RUBRIK: „E-GOVERNMENT“

Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V. ist ein stimmberechtigtes Mitglied des Registerbeirates

Registerführende Behörden stehen mit der Registermodernisierung vor großen zukünftigen Veränderungen. Um sie von Anfang an einzubeziehen, wurde von dem mit der Gesamtsteuerung Registermodernisierung beauftragten Bundesverwaltungsamt (BVA) ein sogenannter „Registerbeirat“ als unabhängiges Gremium eingesetzt. Dieser besteht aus insgesamt 13 stimmberechtigten Beiratsmitglieder aus registerführenden Stellen in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie weiterer betroffener Körperschaften. Der Registerbeirat soll dem Programmmanagement beratend zur Seite stehen, Anforderungen an die zukünftigen Register und entsprechende Handlungsalternativen bewerten sowie Lösungsalternativen und weitere eigene Impulse einbringen. Eines der stimmberechtigten Mitglieder dieses Registerbeirates ist der Sächsische Städte- und Gemeindetag e.V. (SSG). Das bietet für die sächsischen Kommunen die Möglichkeit, ihre Anforderungen im Rahmen der Registermodernisierung entsprechend in den Beirat einzubringen.

Empfehlungen für den digitalen Umbau der Schulen in kommunaler Trägerschaft

Der digitale Umbau der Schulen in Deutschland schreitet voran – jedoch nicht überall gleich. Häufig gibt es Hindernisse, die den zügigen Ausbau der Schul-IT bremsen. Welche das sind, hat die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH im Rahmen einer vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) beauftragten Studie identifiziert und in der Folge acht Empfehlungen für den erfolgreichen digitalen Umbau der Schulen formuliert. Helfen könnten technische Standards für die Schul-IT, die gemeinsam von Ländern und Kommunen entwickelt werden und Planungssicherheit böten. Ebenso wichtig sei, dass die Schulträger für die neue

Regelaufgabe der Steuerung, des Betriebs und Supports der Schul-IT mit der notwendigen, dauerhaften Finanzierung ausgestattet seien.

Förderprogramme wie der „DigitalPakt Schule“ setzen in Bezug auf den Ausbau der schulischen IT-Infrastruktur und -Ausstattung wichtige Veränderungen in Gang. Sie können helfen, einen Transformationsprozess zu beschleunigen, schaffen aber keine Planungssicherheit für die Schulträger. Um wiederkehrende Investitionskosten und den Betrieb und Support der schulischen IT professionell und wirtschaftlich zu ermöglichen, braucht es jedoch dauerhafte Lösungen.

Im Rahmen der Perspektiven-Studie „Bereit für die Zukunft? – Kommunen für den digitalen Umbau der Schulen stärken“ wurden zahlreiche institutionelle Vertreter und Experten aus kommunalen Spitzenverbänden befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass der Ausbau der schulischen IT-Infrastruktur und IT-Ausstattung stark voranschreitet. Besonders der Aufbau der Organisation für den Regelbetrieb und den Support der schulischen IT stellt viele Kommunen jedoch vor signifikante strukturelle Herausforderungen. Auf der Ebene der Steuerung und Planung von schulischer IT sind dies insbesondere mangelnde personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen. Alarmierend ist, dass von den 536 befragten kommunalen Schulträgern mehr als 40 Prozent angaben, über noch keine kommunale Schul-IT- bzw. Medienentwicklungs-Planung zu verfügen.

Die Studie sowie die acht Empfehlungen stehen hier für alle Interessierten zum kostenfreien Download bereit: <https://www.pd-g.de/pd-perspektiven/schul-it-studie>

RUBRIK: „WISSENSWERTES“

Was ist ein Antragsassistent?

Ein „Antragsassistent“ ist ein intelligentes, interaktives, eigenständiges, elektronisches Angebot an den Nutzer in Form eines dynamischen Onlineformulars, welches

- der elektronischen Abwicklung einer oder mehrerer Verwaltungsleistungen dient,
- den Ausfüllprozess im Rahmen der Beantragung einer Verwaltungsleistung online abbildet und unterstützt,
- die Daten aus dem Antragsformular der zuständigen Fachbehörde offenlegt,
- elektronische Dokumente zum Verwaltungsvorgang an den Nutzer übermittelt.

Dieser Online-Service führt den Nutzer Schritt für Schritt durch die für ihn relevanten Abschnitte der gesamten Antragstellung. Er baut sich mit wenigen einzugebenden Eingangsparameter auf und wird durch weitere Fragestellungen zu einer „schlanken“ Erfassungsmaske für den Antragsteller. Während der gesamten Antragstellung erhält der Nutzer Informationsunterstützung in Form von Hinweisen, Ausfüllhilfen, Hilfetexten oder Listen von beizubringenden Unterlagen, etc.

RUBRIK: „STAND DER EINZELNEN OZG-PROJEKTE“

Aktueller Umsetzungsstand der laufenden OZG-Projekte

Stand: 12.01.2023

Stand: 12.01.2023			Status					
LP	LB	Bezeichnung	Phase nach OZG-Vorgehensmodell					
01 Umwelt-, Natur- & Artenschutz								
01		Baumfällgenehmigung – Ausbaustufe II: Szenarien der Unteren Naturschutz-behörden	LA	1	2	3	4	Produkt
02		Forstrechtliche Genehmigungen - Sperrung von Wald	LA	1	2	3	4	Produkt
		Forstrechtliche Genehmigungen - Feuergenehmigung	LA	1	2	3	4	Produkt
		Forstrechtliche Genehmigungen - Anlage von Leitungsschneisen und forstbetrieblichen Anlagen	LA	1	2	3	4	Produkt
09		Massenvermehrung von Schadorganismen	LA	1	2	3	4	Produkt
10		Übernahme einer Baumpatenschaft	LA	1	2	3	4	Produkt
04 Personenstandswesen (Standesamt)								
12		Gesundheitliche Beratung für Prostituierte	LA	1	2	3	4	Produkt
05 Personenstandswesen (Standesamt)								
05		Ehefähigkeitszeugnis	LA	1	2	3	4	Produkt
09		Anmeldung Eheschließung	LA	1	2	3	4	Produkt
10		(Vor-)Anzeige einer Geburt	LA	1	2	3	4	Produkt
08 Parkausweise								
02		Parkerleichterungen für Schwerbehinderte	LA	1	2	3	4	Produkt
03		Handwerkerparkausweis	LA	1	2	3	4	Produkt
09 Fahrerlaubnisse								
01		Allgemeine Fahrerlaubnis	LA	1	2	3	4	Produkt
02		Pflichtumtausch Führerschein	LA	1	2	3	4	Produkt
11 Sondernutzungen, Ausnahmegenehmigungen & Veranstaltungen								
03		Sondernutzung für Werbung, Plakatierung, Wahl	LA	1	2	3	4	Produkt
04		Sondernutzung für Gastronomie und Gewerbe	LA	1	2	3	4	Produkt
06		Ausnahmen vom Sonntags-, Feiertags- und Ferienreisefahrverbot	LA	1	2	3	4	Produkt
07		Änderung der Sperrzeit	LA	1	2	3	4	Produkt
09		Markt- oder Veranstaltungsfestsetzung	LA	1	2	3	4	Produkt
		Zulassung als (Tages-)Händler auf dem Wochenmarkt	LA	1	2	3	4	Produkt
10		Verwendungsgenehmigung für kommunale Hoheitszeichen	LA	1	2	3	4	Produkt
12		Befreiung vom Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit	LA	1	2	3	4	Produkt
16		Anzeige einer öffentlichen Veranstaltung gemäß Ortpolizeiverordnung	LA	1	2	3	4	Produkt
12 Abgaben & Steuern								
03		Beherbergungssteuer	LA	1	2	3	4	Produkt

	<ul style="list-style-type: none"> Aufnahme, Änderung oder Aufgabe einer Beherbergungseinrichtung (inkl. An-/Abmeldung eines Standorts) (Monatliche) Anmeldung bzw. Korrektur der vereinnahmten Beherbergungssteuer Antrag auf Verlängerung des Anmeldezeitraumes für die Beherbergungssteuer Antrag auf Rückerstattung der Beherbergungssteuer Meldung von Zahlungsverweigerern 						
04	Hundesteuer Ausbaustufe II: Ab-/Ummeldung, Ermäßigung, Befreiung, Anbindung DMS & Veranlagungsverfahren	LA	1	2	3	4	Produkt
13 Kinder & Familie							
01	Bundeselterngeld	LA	1	2	3	4	Produkt
03	Landeserziehungsgeld ¹	LA	1	2	3	4	Produkt
14 Körperliche & Gesundheitliche Einschränkungen							
01	Schwerbehindertenausweis	LA	1	2	3	4	Produkt
02	(Neu-)Feststellung einer Behinderung			2	3	4	Produkt
03	Landesblindengeld & weitere Nachteilsausgleiche nach LBlindG	LA	1	2	3	4	Produkt
04	Hilfen bei Behinderung (SGB IX)	LA	1	2	3	4	Produkt
15 Aus- & Fortbildung							
02	Außerhäusliche Unterbringung für Berufs- und Internatsschüler	LA	1	2	3	4	Produkt
06	Einschulung (Anmeldung zur Grundschule) <ul style="list-style-type: none"> Anmeldung zur Einschulung eines schulpflichtigen Kindes an einer Grund-/Gemeinschaftsschule gemäß § 27 Abs. 1 und 2 SächsSchulG Antrag auf Zurückstellung vom Schulbesuch gemäß § 27 Abs. 3 SächsSchulG 	LA	1	2	3	4	Produkt
16 Sozialwesen, Erwerbslosigkeit & Geringverdiener							
01	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	LA	1	2	3	4	Produkt
02	Sozialhilfe (SGB XII) - Hilfe zum Lebensunterhalt	LA	1	2	3	4	Produkt
04	Wohngeld Ausbaustufe IV: Lastenzuschuss - Erstantrag, Weiterleistung, Erhöhung, Minderung, Änderung	LA	1	2	3	4	Produkt
	Wohngeld Ausbaustufe V: Wohngeld für Heimbewohner	LA	1	2	3	4	Produkt
06	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) - Bildung & Teilhabe (Bildungspaket)	LA	1	2	3	4	Produkt
17 Bauen & Grundstück							
01, 03-06	Digitale Bauverwaltung Sachsen ² u.a. Beseitigung von Anlagen, Teil-)Baugenehmigung, Bauvorbescheid, Genehmigungsfreistellungsverfahren	LA	1	2	3	4	Produkt
13	Verkehrswert	LA	1	2	3	4	Produkt
14	Feststellung als Kulturdenkmal	LA	1	2	3	4	Produkt
15	Denkmalrechtliche Anzeigen	LA	1	2	3	4	Produkt
16	Vorkaufsrecht bei Grundstücken (Negativzeugnis)	LA	1	2	3	4	Produkt
20	Denkmalrechtliche Genehmigung	LA	1	2	3	4	Produkt

19	Recht & Ordnung							
	01	Fundsachen ³	LA	1	2	3	4	Produkt
21	Aufenthaltstitel & Staatsangehörigkeit (Ausländerangelegenheiten)							
	01	Befristete Aufenthaltstitel - Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit	LA	1	2	3	4	Produkt
	25	Verpflichtungserklärung	LA	1	2	3	4	Produkt
25	Tierschutz, Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung							
	03	Haltung gefährlicher Tiere	LA	1	2	3	4	Produkt
	06	Anzeige einer Tierveranstaltung	LA	1	2	3	4	Produkt
	11	Haltung gefährlicher Hunde	LA	1	2	3	4	Produkt
26	Waffenrecht							
	01	Waffenrechtliche Erlaubnisse – Waffenbesitzkarte - Ausbaustufe II: weitere Waffenbesitzergruppen	LA	1	2	3	4	Produkt
28	Friedhofswesen							
	01	(Wieder-)Erwerb eines Grabnutzungsrechts	LA	1	2	3	4	Produkt
		Anzeige von Änderungen am Grabnutzungsrecht	LA	1	2	3	4	Produkt
		Genehmigung zur Ausgrabung oder Umbettung einer Urne	LA	1	2	3	4	Produkt
		Zustimmung zur Errichtung, Veränderung und Entfernung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen	LA	1	2	3	4	Produkt
		Erteilung des Einverständnisses zur Beisetzung durch den Grabnutzungsberechtigten	LA	1	2	3	4	Produkt
31	Datenschutz & Datenauskunft							
01	Übermittlungssperre im Ausländerzentralregister	LA	1	2	3	4	Produkt	
36	Spreng- & Gefahrstoffe							
	03	Anzeige eines Feuerwerks	LA	1	2	3	4	Produkt
Legende:								
Phasen nach OZG-Vorgehensmodell:								
LA	Leistungsanalyse							
1	OZG-Phase 1 „Projekt-Setup“ (inkl. OZG-Werkstatt 1)							
2	OZG-Phase 2 „Konzeption“ (inkl. OZG-Werkstatt 2)							
3	OZG-Phase 3 „Prototypenbau“ (inkl. OZG-Werkstatt 3)							
4	OZG-Phase 4 „Produktfertigung, Test & Abnahme“ (inkl. OZG-Werkstatt 4)							
Produkt	Produktverfügbarkeit beim kommunalen IT-Dienstleister zur Nutzung durch die Kommunen des Freistaates Sachsen (Roll-Out-Phase)							
	nicht begonnen	in Bearbeitung	abgeschlossen	Plan 2022	nicht erforderlich			
	Nachnutzung eines Einer-für-Alle-(EfA-)Dienstes als Umsetzungsoption präferiert							
	Nachnutzung einer marktetablierten Softwarelösung als Umsetzungsoption präferiert							
	zentral gesteuertes Projekt in Verantwortung des Freistaates Sachsen							
1	<i>Die OZG-Umsetzung der Verwaltungsleistung „Landeserziehungsgeld“ ist aktuell zurückgestellt, da erhebliche gesetzeseitige und verfahrensgetriebene Digitalisierungs-Hindernisse (insb. Schriftformerfordernisse, mehrere gleichzeitige Unterschriften natürlicher Personen) entgegenstehen. Mit Beginn des Jahres 2023 soll hier neuer „Anlauf“ genommen werden.</i>							
2	<i>Das Thema ist eingebunden in die zentralen Planungen & den Fortschritt des KOMM8-Projektes „Elektronische Verfahren im Bauordnungsrecht“ aus dem Masterplan „Digitale Verwaltung Sachsen“ unter Federführung des Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR), Referat 53.</i>							
3	<i>Der Freistaat Sachsen hat als federführendes Bundesland des Themenfelds „Recht & Ordnung“ für die darin enthaltende OZG-Leistung „Fundsachen“ Erkundungen des Marktes vorgenommen und abschließend festgestellt, dass bereits geeignete</i>							

kommerzielle Lösungen existieren. Da die Nachnutzung bereits vorhandener kommerzieller Lösungen i.d.R. wirtschaftlicher ist als eine komplette Neuentwicklung, wird hier für die Variante der Nachnutzung favorisiert. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) als Koordinator des Digitalisierungsprogramms hat diesem Sonderweg - entgegen dem Vorgehen im Wegweiser „Einer für Alle/Viele“ - bereits zugestimmt. Es ist nun angedacht, im Rahmen eines Umsetzungsprojektes für eine entsprechende Einer-für-Alle-(EFA-)Lösung einen bundesweiten Rahmenvertrag europaweit auszuschreiben, aus dem alle Bundesländer und ihre Kommunen abrufen können.

NÄCHSTER OZG-NEWSLETTER

Der nächste OZG-Newsletter erscheint am 27. Februar 2023.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Hinweise

Für Anregungen, Fragen und Hinweise können Sie gern unter ozg@sakd.de mit uns Kontakt aufnehmen.

Sie erhalten diesen Newsletter aufgrund Ihrer Anmeldung. Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten oder Ihre Anmeldeinformationen bearbeiten, können Sie gern [hier](#) einen Link dazu anfordern.

Sie sind noch kein Abonnent? [Hier](#) haben Sie die Möglichkeit zur Anmeldung.

Impressum

Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD)

Bischofstraße 18

01877 Bischofswerda

Telefon: 03594 7752-0

Telefax: 03594 7752-99

E-Mail: sakd@sakd.de

Internet: www.sakd.de

Die SAKD ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Sie wird vertreten durch den Direktor Thomas Weber.

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 55 Abs. 2 RStV: Thomas Weber (Anschrift wie oben)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

[Link zur Datenschutzerklärung](#)